

Argumentarium gegen den Klima-Schuldenfonds

HÖHERE STEUERN.

MEHR SCHULDEN.

Am 8. März

NEIN

ZUM KLIMA-SCHULDENFONDS

klimafonds-nein.ch

Der Klima-Schuldenfonds **führt zu massiven Steuererhöhungen.**

Der Klima-Schuldenfonds **ist ein Angriff auf die Schuldenbremse.**

Der Klima-Schuldenfonds **verdrängt andere Bundesaufgaben.**

Der Klima-Schuldenfonds **untergräbt die wirksame Klimapolitik.**

Einleitung

Die Klimafonds-Initiative («Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt») fordert die Schaffung eines Fonds, der jährlich mit 0,5–1 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) gespeist werden soll – das entspricht bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr.

Bis 2050 summieren sich die Ausgaben auf 100–200 Milliarden Franken. Der Fonds soll durch Neuverschuldung finanziert werden, ohne die Schuldenbremse zu beachten.

Der Bundesrat lehnt die Initiative in seiner Botschaft (BBl 2025 458) ab, da sie die finanzielle Stabilität gefährdet, andere Bundesaufgaben verdrängt und unnötig ist.

Auch der Stände- und Nationalrat, die Fraktionen von FDP, SVP, Die Mitte, GLP und die Schweizer Wirtschaft lehnen die Initiative klar ab. Der Klima-Schuldenfonds gefährdet die finanzielle Stabilität der Schweiz. Die Schuldenbremse wird ausgehebelt, die Steuern massiv erhöht und andere Staatsaufgaben verdrängt.

**Der Klima-Schuldenfonds ist unbezahlbar,
unverantwortlich, ungerecht und unnötig.**

Der Klima-Schuldenfonds führt zu massiven Steuererhöhungen.

Der Klima-Schuldenfonds verhindert das Sparen. Gleichzeitig sind Schulden nur temporär möglich. Über kurz oder lang braucht es massive Steuererhöhungen. Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die Mehrwertsteuer zur Stopfung der Finanzlöcher erhöht werden muss. Die Berechnungen des Bundes gehen von einer Erhöhung von bis zu 2.5 Prozentpunkten aus.

Das wäre die mit Abstand grösste Mehrwertsteuererhöhung seit deren Einführung. Eine Steuererhöhung in diesem Umfang ist höchst unsozial. Sie belastet den Mittelstand ganz massiv. Die Mehrbelastung schadet aber auch Wirtschaft und Gewerbe in hohem Mass.

- **Massive Erhöhung der Mehrwertsteuer:** Um Mehreinnahmen von bis zu 10 Milliarden CHF zu generieren, müsste der Bund mehr Steuereinnahmen generieren. Der Bundesrat ausgerechnet, dass die Mehrwertsteuer um bis zu 2.5 Prozentpunkte erhöht werden müsste. Das wäre die mit Abstand grösste Steuererhöhung seit der Einführung der Mehrwertsteuer. Der Klima-Schuldenfonds kostet so jeden Haushalt jährlich bis zu rund 1'280 CHF. Zur Erinnerung: Niemand kann der Mehrwertsteuer ausweichen. Eine Erhöhung derselben trifft also gerade auch den Mittelstand ganz erheblich. Der Klima-Schuldenfonds ist in höchstem Masse unsozial.
- **Alternative Gegenfinanzierung über Bundessteuer:** Werden die benötigten Mehreinnahmen nicht über die Erhöhung der Mehrwertsteuer generiert, dann muss das über die direkte Bundessteuer geschehen. In seiner Botschaft geht der Bundesrat davon aus, dass zur Finanzierung des Klima-Schuldenfonds die direkte Bundessteuer um bis zu 28% erhöht werden muss. Die Mehrbelastung der Erhöhung der direkten Bundessteuer müssten je zur Hälfte die privaten Haushalte und Unternehmen tragen. Der Klima-Schuldenfonds ist ein Konzept ohne Gegenfinanzierung - aber das funktioniert nicht. Irgendjemand muss für die Schulden und Zinsen geradestehen.

→ **Wirtschaftsstandort Schweiz leidet:** Da der Bund den Klima-Schuldenfonds mittelfristig über Mehreinnahmen gegenfinanzieren müsste, würde auch die Steuerbelastung von Wirtschaft und Gewerbe deutlich steigen. Dies wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus und reduziert die Standortattraktivität. Gerade in Zeiten geopolitischer Verwerfungen ist dies unverantwortlich. Der Klima-Schuldenfonds schadet der Schweizer Wirtschaft.

Unbezahlbar: Der Klima-Schuldenfonds führt zu massiven Steuererhöhungen.

Der Klima-Schuldenfonds ist ein Angriff auf die Schuldenbremse.

Die Initiative hebt die Schuldenbremse aus, eine Schweizer Erfindung, die seit 2003 die Staatsfinanzen stabilisiert hat. Sie fordert explizit, dass die Fonds-Ausgaben nicht in die Berechnung des Höchstbetrags der Gesamtausgaben gemäss Art. 126 Abs. 2 BV einfließen – eine folgeschwere Ausnahme, die zu massiver Neuverschuldung führt. Der Bundesrat warnt in seiner Botschaft, dass dies die langfristige Budgetdisziplin untergräbt und die Schulden des Bundes explodieren lässt.

- **Horrende jährliche Neuverschuldung von bis zu 10 Milliarden Franken:** Bei Aufwendungen für den Klima-Schuldenfonds von 0,5–1 % des BIP (aktuell über 800 Mrd. CHF) würde der Fonds jährlich Milliarden erfordern, die über Kredite finanziert werden. Bis 2050 ergibt das 100–200 Mrd. Franken, selbst bei Abzug bestehender Ausgaben (ca. 2,6 Mrd./Jahr für Klimapolitik) noch 50–150 Mrd. (gemäss NZZ-Analyse). Das ist unverantwortlich, da es kommende Generationen belastet – Schulden sind nicht nachhaltig.
- **Erfolge der Schuldenbremse gefährdet:** Seit Einführung 2003 hat die Schuldenbremse die Nettoschuld des Bundes von 130 Mrd. auf unter 100 Mrd. CHF gesenkt (Bundesfinanzverwaltung-Daten). Ohne sie drohen Szenarien wie in Ländern wie Italien, Frankreich oder den USA mit Schuldenquoten von über 100 % des BIP. Der Staatsrechtsprofessor Felix Uhlmann (UZH) bestätigt: Die Initiative übersteuert den Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts.
- **Steigende Steuern und Zinsen als Folge:** Explodierende Schulden führen zu höheren Zinszahlungen – aktuell rund 1 Mrd. pro Jahr für den Bund. Bei Zinssteigerungen (zum Beispiel auf 3 %) könnten Zinsen allein 3–5 Mrd. jährlich kosten, was Steuererhöhungen erzwingt. Das widerspricht der Schweizer Tradition solider Finanzen und ist ein Risiko für die Wirtschaftsstabilität.

Unverantwortlich: Der Klima-Schuldenfonds ist ein Angriff auf die Schuldenbremse.

Der Klima-Schuldenfonds verdrängt andere Bundesaufgaben.

Der Bundeshaushalt beträgt über 80 Mrd. Franken jährlich. Ein Fonds von bis zu 10 Milliarden Franken (5–10% des Budgets) würde andere Bereiche massiv einschränken, da die Mittel nicht neu generiert, sondern umverteilt oder verschuldet werden. Der Bundesrat betont in der Botschaft, dass dies andere Aufgabenfelder belastet und private Investitionen verdrängt. Kürzungen bei Ausgaben für Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Soziales, Infrastruktur und Landwirtschaft sind unvermeidlich.

- **Weniger Mittel für Soziales und Bildung:** Sozialausgaben (AHV, IV) machen 35 % des Budgets aus (ca. 28 Mrd.). Der Fonds würde hier kürzen, da der Bund keine unbegrenzten Ressourcen hat. Umfragen zeigen immer wieder: Die Stimmbevölkerung sieht grosse Herausforderungen, die auch künftig einen handlungsfähigen Staat erfordern. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass der Bund Mittel hat für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für die Sozialwerke. Mehr Schulden bedeuten jedoch, dass weniger Mittel für diese Bereiche zur Verfügung stehen – ein Streichkonzert bei essentiellen Leistungen ist absehbar.
- **Beeinträchtigung von Sicherheit, Landwirtschaft, Gesundheit und Infrastruktur:** Der Klima-Schuldenfonds gefährdet die Sicherheit der Schweiz. Wird der Klimafonds priorisiert, fehlen auch Mittel für Investitionen in eine zukunftstaugliche Armee. Auch in der Landwirtschaft (Zuwendungen ca. 3 Mrd./Jahr) droht der Fonds die Budgets «wegzufressen». Das bedroht Bauernfamilien. Der Klima-Schuldenfonds führt zu einer gefährlichen Konkurrenz um die finanziellen Mittel im Bundesbudget. Betroffen sind nicht nur Sicherheit und Landwirtschaft, sondern sämtliche Bereiche: Gesundheitsversorgung, Infrastruktur, Bildung oder Kultur. Überall müsste auf Kosten des Klima-Schuldenfonds massiv gespart werden.
- **Nicht sozial und nicht nachhaltig:** Steigende Schulden sind unsolidarisch gegenüber Schwächeren, die von Sozialleistungen abhängen. Der Bundesrat argumentiert, dass der Fonds das Verursacherprinzip schwächt und zu Ineffizienzen führt, was langfristig höhere Kosten für alle bedeutet. Der

Klima-Schuldenfonds gefährdet die finanzielle und die soziale Nachhaltigkeit.
Ohne finanzielle und soziale Nachhaltigkeit gibt es auch keine ökologische Nachhaltigkeit.

**Ungerecht: Der Klima-Schuldenfonds verdrängt
andere Bundesaufgaben.**

Der Klima-Schuldenfonds untergräbt die wirksame Klimapolitik.

Die Schweiz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein, und investiert bereits über 3 Mrd. Franken jährlich in Klima- und Biodiversitätsmassnahmen (Bund und Kantone). Die Initiative ist überflüssig, da bewährte Instrumente wie das Klimaschutzgesetz effizient wirken. Subventionen mit der Giesskanne, wie sie die Initiative fordert, sind kontraproduktiv. Der Bundesrat lehnt den Klima-Schuldenfonds auch deshalb ab. Er setzt falsche Anreize und torpediert die heute zielführende und erfolgreiche Klimapolitik der Schweiz.

- **Bestehende Ausgaben und Erfolge:** Jährlich fliessen mehr als 3 Mrd. Franken in Klimaschutz (zum Beispiel CO₂-Abgabe, Gebäudeprogramm). Die Emissionen sanken seit 1990 um 20 %, Industrie und Gebäudesektor reduzierten ihren Ausstoss um rund 50% und auch der Verkehr reduzierte seine Emissionen um 10%. Die Schweiz ist dank gezielten Instrumenten und Programmen auf einem sehr erfolgreichen Weg. Das soll so bleiben. Der bodenlose Klima-Schuldenfonds droht die heute erfolgreiche Klimapolitik zu verdrängen.
- **Volk steht hinter der Klimapolitik des Bundesrates:** Die Schweizer Bevölkerung unterstützt die aktuelle Klimapolitik des Bundesrates. Mit grosser Mehrheit (59%) hat die Stimmbevölkerung 2023 dem "Klima- und Innovationsgesetz" zugestimmt. Es verankert das Ziel von Netto-Null bis 2050 und fördert gezielt Innovationen, die das Klima schützen. Noch grösser war die Zustimmung (69%) zum Gesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Ziel ist der rasche Ausbau heimischer erneuerbarer Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse). Der Klima-Schuldenfonds ist nichts anderes als eine teure, unnötige Zwängerei.
- **Subventionitis und Verdrängung privater Investitionen:** Die Initianten wollen die Mittel mit der Giesskanne verteilen. Subventionen führen zu "Vetterliwirtschaft" und es werden Projekte berücksichtigt, die sowieso umgesetzt würden (Deadweight-Effekt). Es kommt zu ungesunden

Mitnahmeeffekten. Das ist schon heute teilweise ein Problem, wie die Eidgenössische Finanzkontrolle in ihrem Bericht kritisiert. Der Klima-Schuldenfonds würde das weiter verschärfen. Der Bundesrat warnt ausserdem: Der Klima-Schuldenfonds schwächt marktwirtschaftliche Anreize. Subventionen verzerren den Markt, würgen Innovation ab und führen zu wirtschaftlicher Fehlallokation und geringerer Produktivität.

Unnötig: Der Klima-Schuldenfonds untergräbt die wirksame Klimapolitik.

Fazit

Die Klimafonds-Initiative und der geforderte Klima-Schuldenfonds sind ein unverantwortlicher Angriff auf die finanzielle Stabilität der Schweiz. Die Vorlage ist ein Angriff auf die Schuldenbremse, führt zu massiven Steuererhöhungen, belastet andere Ausgabenbereiche und ist angesichts des starken Engagements der öffentlichen Hand, der Unternehmen und der privaten Haushalte im Bereich Klimaschutz auch unnötig.

NEIN zum unbezahlbaren, unverantwortlichen, ungerechten und unnötigen Klima-Schuldenfonds.